

Jahresbericht 2025



GESELLSCHAFT
FÜR KLIMA
UND DEMOKRATIE

Inhalt

Vorwort	3
2025 in Bildern	4
Unser Selbstverständnis	5
Verein: Entwicklungen	6
Unsere Aktivitäten 2025	8
1. Klima trifft Kommune	8
1.1 Osterburg	8
1.2 Berlin-Marzahn	9
1.3 Ausblick 2026	9
2. Klima ins Grundgesetz – Erste Erfolge und nächste Schritte	10
3. Kommunale Wärmewende: bundesweit befähigen, lokal durchsetzen	11
3.1 Wärme vor zwölf ging in Staffel 3	11
3.2 Wärmeplanung & Dekarbonisierungsfahrplan in Berlin – mehr Beteiligung nötig	11
3.3 2026: Fernwärme, Holzverbrennung und Wahljahr	12
4. Direkte Demokratie - Erfolge und Entwicklungen	13
4.1 BaumEntscheid erfolgreich – Berlin wird bis 2035 wetterfest	13
4.2 Hamburg bekommt ein besseres Klimaschutzgesetz	13
4.3 Wegweisendes Urteil zur Verkehrswende	14
4.4 Energiewende in Bayern: Bürgerentscheide haben positive Effekte	14
4.5 Bürgerentscheide in Baden-Württemberg: Mehrheit für den Windkraftausbau	15
4.6 Ein Bürgerentscheid für den Rheinauenwald	15
5. Workshops und Vorträge	16
5.1 Veranstaltungsreihe "Zukunft.Klima.Demokratie"	17
Unsere Finanzen	18
Dank an Partner	19
Konsequenter Klimaschutz & Mitbestimmung fördern	20
Ausblick 2026	21
Impressum	22

Liebe Leser*innen,

seit 2008 stärken wir durch unsere Projekte und Kampagnen den Klimaschutz vor Ort, anfangs vor allem durch die Unterstützung kommunaler Klima-Bürgerbegehren. In den letzten Jahren sind unsere Arbeitsfelder jedoch deutlich gewachsen, daher haben wir uns in diesem Jahr umbenannt:

Aus "BürgerBegehren Klimaschutz e.V." wurde die "Gesellschaft für Klima und Demokratie e.V.". Damit wollen wir die Schwerpunkte unserer Arbeit stärker betonen. Wir motivieren und qualifizieren Bürger*innen sowie Entscheidungsträger*innen, gemeinsam den Klimaschutz vor Ort zu gestalten. Durch Beteiligungsprozesse werden Klimaschutzmaßnahmen sozial gerecht und nachhaltig gestaltet. Gleichzeitig werden das Verständnis für demokratische Entscheidungsprozesse sowie ehrenamtliches Engagement gestärkt. Im letzten Jahr konnten wir mit diesem Ansatz mehrere Erfolge feiern und Meilensteine erreichen.

"Klima trifft Kommune" erhält das „Bewährt vor Ort“-Siegel

In unserem Modellprojekt "Klima trifft Kommune" diskutieren zufällig ausgeloste Teilnehmende in einem Bürgerrat über ein lokales Klima-Thema. Das Besondere: Im Anschluss können die Einwohner*innen über die Empfehlungen abstimmen. Den Anfang haben 2025 zwei Kommunen in Ostdeutschland gemacht: In Osterburg (Sachsen-Anhalt) hat der Bürgerrat Empfehlungen zum Thema Mobilität und Radverkehr erarbeitet und in Berlin-Marzahn ging es um Maßnahmen für den Hitzeschutz. Für das Modellprojekt haben wir von einer überparteilichen Jury aus Verwaltungspraktiker*innen das Siegel „Bewährt vor Ort“ für kommunale Innovation bekommen. Eine großartige Auszeichnung.

Erfolge für Klimabewegung in Hamburg und Berlin

Im letzten Jahr hat die Klimabewegung mit direkt-demokratischen Initiativen wie dem Hamburger Zukunftentscheid bedeutsame Erfolge erzielt. Außerdem wurden die Weichen für Klimaanpassung und die Verkehrswende vor Ort gestellt.

Der BaumEntscheid in Berlin hat gezeigt, dass eine gute Zusammenarbeit von Politik, Verwaltung und Zivilgesellschaft möglich ist.

Und mit dem Urteil des Berliner Verfassungsgerichtshofs zum Verkehrsentscheid wurde deutlich, dass es kein Grundrecht auf Autofahren bis zur Haustür gibt. Solche Meilensteine machen Hoffnung und motivieren zum Nachmachen. Daher haben wir auch 2025 interessierte Bürger*innen in verschiedenen Formaten geschult, wie sie mit den Mitteln der direkten Demokratie den Klimaschutz vor Ort voranbringen.

Prüfauftrag für Gemeinschaftsaufgabe im Koalitionsvertrag

Auf der Bundesebene haben wir uns für die Aufnahme einer Gemeinschaftsaufgabe Klimaschutz und Klimaanpassung ins Grundgesetz eingesetzt, damit Kommunen eine langfristige, stabile Finanzierung von Bund und Ländern bekommen. Über 104.000 Menschen haben unsere Petition dazu unterschrieben, die wir während der Koalitionsverhandlungen an den CDU-Abgeordneten Andreas Mattfeldt in Vertretung von Friedrich Merz übergeben haben. Mit Erfolg! Die Regierung will in der aktuellen Legislaturperiode eine neue Gemeinschaftsaufgabe Naturschutz und Klimaanpassung im Grundgesetz prüfen.

Mehr zu all diesen Themen und Entwicklungen findet ihr in diesem Jahresbericht. Wir freuen uns darauf, auch im kommenden Jahr gemeinsam mit euch Demokratie und Klimaschutz zu stärken. Danke, dass ihr diesen Weg mit uns geht. Gemeinsam können wir viel bewegen!

Herzliche Grüße
Michaela Zimmermann und Kai Simmerl
Geschäftsführung



2025 in Bildern



Unser Selbstverständnis

Die Begrenzung der Erderwärmung auf 1,5 Grad und die Einhaltung des Pariser Klimaschutzabkommens bildet oberstes Ziel und Handlungsmaxime der Gesellschaft für Klima und Demokratie. Dafür werden radikale Umstrukturierungen notwendig sein, die von den Menschen mitgetragen werden müssen. Maßnahmen für den Klimaschutz betreffen oft die Lebensumstände der Menschen vor Ort - ein guter Grund, die Bürgerinnen und Bürger an den Entscheidungen zu beteiligen. Und eine Gelegenheit für lokale Initiativen, den demokratischen Entscheidungsprozess selbst anzustoßen.

Die Gesellschaft für Klima und Demokratie berät daher lokale Initiativen in ganz Deutschland, ihre Mitbestimmungsmöglichkeiten in Form von direktdemokratischen Instrumenten (z.B. Bürgerbegehren/Bürgerentscheide) und Formen der Bürgerbeteiligung (z.B. Bürgeranträge, Planungszellen, Bürgerräte) für die Umsetzung einer klimafreundlichen Kommunalpolitik auszuschöpfen und begleitet sie aktiv bei ihrem Weg dorthin. Wir vernetzen lokale Initiativen und machen lokale Erfolge bundesweit sichtbar.

Unsere Fachexpertise stellen wir dabei allen Interessierten kostenfrei zur Verfügung.

Da sich die Umsetzung der Klimaschutzmaßnahmen immer mehr auf die lokalen Verwaltungen verlagert, stehen wir auch dort beratend zur Seite. Durch Seminarreihen, Fachpublikationen und Bildungsmaterial bereiten wir die wichtigsten Aspekte der Klimawende auf und geben unser Wissen weiter.

Die Gesellschaft für Klima und Demokratie wird auch auf Landes- und Bundesebene aktiv, soweit dafür entsprechende demokratiepolitische Instrumente zur Verfügung stehen. So organisierte der Verein 2012 bis 2013 das Volksbegehren des Berliner Energetisches zur Rekommunalisierung der Berliner Energieversorgung und fungierte im Jahr 2021 und 2022 als projektverantwortlicher Trägerverein für die Organisation des zivilgesellschaftlich initiierten Bürgerrat Klima für Deutschland.

Die Gesellschaft für Klima und Demokratie arbeitet partei- und organisationsübergreifend, kostenlos und unbürokratisch. Finanziert wird unsere Arbeit durch Stiftungsförderungen und Spenden.



Verein: Entwicklungen

Neuer Vereinsname, bekannte Mission

Seit 2008 setzt sich unser Verein dafür ein, Klimaschutz und Demokratie vor Ort zu stärken. In den letzten Jahren sind unsere Arbeitsfelder jedoch deutlich gewachsen:

- Wir unterstützen lokale Bürgerbegehren, initiieren aber auch Bürgerräte und entwickeln neue Beteiligungsprojekte für den lokalen Klimaschutz.
- Wir setzen uns auf Bundesebene mit Kampagnen für bessere Rahmenbedingungen für den kommunalen Klimaschutz ein.
- Wir geben regelmäßig Publikationen für Kommunen und Initiativen heraus, um mit guten Praxisbeispielen mehr Menschen zum Handeln zu motivieren.

Die inhaltliche Weiterentwicklung spiegelt sich nun auch im neuen Namen wider: Gesellschaft für Klima und Demokratie e.V.. Wir wollen damit die Verbindung von Klima und Demokratie auch nach außen stärker betonen. Denn Studien belegen: Lösungen für mehr Klimaschutz sind gerechter, akzeptierter und wirkungsvoller, wenn sie durch Bürger*innen mitgestaltet werden.

Übrigens: Den neuen Namen haben wir unter Beteiligung unserer Mitglieder und Kooperationspartner in einem mehrstufigen Verfahren erarbeitet. Wir danken der AG Namensfindung und unserem Netzwerk für das zahlreiche Feedback und die positive Resonanz.



Katja Treichel-Grass, Vorstand

Unser Vorstand

Wir freuen uns, dass Katja Treichel-Grass von der Mitgliederversammlung neu in den Vorstand gewählt wurde. Sie ist Politik-Analystin am Potsdam Institute for Climate Impact Research (PIK) mit dem Schwerpunkt Bürgerbeteiligung in der Forschung zur Energiewende. Wiedergewählt wurden außerdem Dr. Percy Vogel und Dr. Christine Kühnel. Dr. Stefan Taschner hat nicht erneut kandidiert und wir danken ihm für sein langjähriges Engagement.



**GESELLSCHAFT
FÜR KLIMA
UND DEMOKRATIE**

Verein: Entwicklungen

Unser Team

Wir beschäftigen derzeit sechs hauptamtliche Mitarbeitende in Teilzeit. Seit 2025 sind Kai Simmerl, Björn Obmann und Katharina Elshorst mit an Bord. Kai Simmerl hat die Co-Geschäftsführung sowie das Fundraising übernommen. Neben seinem ehrenamtlichen Engagement hat Kai bereits mehrfach hauptamtlich für Klima- und Naturschutz gearbeitet – unter anderem im Future Matters Project – sowie als wissenschaftlicher Mitarbeiter im Bundestag. Björn Obmann kümmert sich als Campaigner um verschiedene Projekte, insbesondere mit Blick auf die Berliner Klimapolitik. Björn war viele Jahre bei der BUNDjugend Berlin sowie dem BUND Berlin tätig. Katharina Elshorst (Kathi) vertritt Rabea Koss während ihrer Elternzeit im Bereich Öffentlichkeitsarbeit und Social Media. Kathi hat Public Policy an der Hertie School mit Schwerpunkt auf Klima- und Umweltgerechtigkeit studiert. Seit 2019 engagiert sie sich aktivistisch in der Klimabewegung.

Im Mai 2025 haben wir Dr. Michael Efler verabschiedet, der ins Berliner Abgeordnetenhaus nachgerückt ist. Wir danken ihm für seinen Einsatz, zuletzt als Co-Geschäftsführer.

Seit September 2025 haben wir erstmals einen Platz für ein Freiwilliges Ökologisches Jahr (FÖJ) vergeben. Max Rosenhauer unterstützt seitdem das Team und erhält spannende Einblicke in unsere Arbeit an der Schnittstelle von Klimaschutz und Beteiligung.

Wir bedanken uns außerdem bei Christoph, Mona und Carina, die uns im Rahmen eines Praktikums tatkräftig unterstützt haben.



Björn Obmann, Campaigner



**Katharina Elshorst (links)
Elternzeitvertretung Öffentlichkeitsarbeit;
Kai Simmerl (rechts) Co-Geschäftsführung
und Fundraising**



Max Rosenhauer, FÖJ

Unsere Aktivitäten 2025

1. Klima trifft Kommune

Kommunaler Klimaschutz stellt nicht nur Politik und Verwaltung vor eine immer größer werdende Aufgabe, sondern auch Bürger*innen vor Ort. Beispiele aus der Vergangenheit zeigen, dass Bürgerräte fundierte Empfehlungen zu klimarelevanten Themen wie Energieversorgung, Quartiersplanung oder Konsum entwickeln können – die Umsetzung verläuft jedoch oft schleppend. In unserem deutschlandweiten Modellprojekt organisieren wir daher gemeinsam mit unserem Partner Mehr Demokratie e.V. Klima-Bürgerräte, über deren Empfehlungen anschließend in einem verbindlichen Ratsentscheid abgestimmt wird. Durch die Einbeziehung lokalen Wissens und unterschiedlicher Perspektiven werden gesellschaftlich tragfähige Lösungen für kontroverse, klimapolitische Aufgaben gefunden und durch eine demokratische Abstimmung legitimiert. Das ermöglicht den Kommunen auch die Umsetzung tiefgreifender Maßnahmen. Mit dabei sind mittlerweile vier Partnerkommunen: Osterburg (Sachsen-Anhalt), Berlin-Marzahn sowie Flensburg und Pinneberg (beide Schleswig-Holstein). Das Projekt wird gefördert von der Robert Bosch Stiftung und der Deutschen Postcode Lotterie. Wir freuen uns über das große Interesse am Projekt – zuletzt berichteten u.a. Deutschlandfunk und MDR (Pressespiegel: www.klimatrifftkommune.de)

2025 nahm unser Projekt so richtig Fahrt auf. Wir blicken dabei auf bereits zwei erfolgreich durchgeführte Bürgerräte zurück:



1.1 Osterburg

Den Auftakt machte die Hansestadt Osterburg (Altmark), wo vom 21. August bis 27. November auf sechs Sitzungen verteilt der Bürgerrat zu Mobilität stattfand. Unterstützt von unabhängigen Moderator*innen sowie Fachleuten, die Rückmeldung zum Thema geben konnten, einigten sich die 30 zufällig gelosten Teilnehmenden auf 21 priorisierte Empfehlungen, die am 16. Dezember 2025 dem Osterburger Stadtrat übergeben wurden.



„Ich bin sehr begeistert, dass wir so bunt gemischt sind und trotzdem einen gemeinsamen Nenner gefunden haben“, so die Teilnehmerin Ulrike Sennecke (s. Foto).

Die Empfehlungen mit der meisten Zustimmung befassen sich mit dem Neubau oder der Sanierung von Rad- und Fußwegen und mit der Erhöhung der Verkehrssicherheit vor Kitas und Schulen durch regelmäßige Kontrollen. Gleichzeitig schlug der Bürgerrat drei Fragen vor, über die im kommenden Jahr mittels eines Ratsreferendums abgestimmt werden könnte: Zwei davon befassen sich mit der Umwidmung von Raum in einer zentralen Straße für mehr Inklusivität bzw. Verkehrssicherheit. Ein dritter Vorschlag zielt auf den Bau eines kombinierten Rad- und Fußweges an einer stark befahrenen Straße ab.

„Mit Ihren Ideen und Ihrer Kompetenz geben Sie uns wertvolle Hilfestellungen an die Hand, um Entscheidungen treffen zu können“, bedankte sich Bürgermeister Nico Schulz (s. Foto nächste Seite, mittig) bei den Vortragenden. Das Bürgergutachten kann auf www.klimatrifftkommune.de sowie auf der Website der Stadt eingesehen werden.

Der Stadtrat entscheidet Anfang des Jahres 2026 darüber, ob und welche Empfehlungen zur Abstimmung im Bürgerentscheid gestellt werden. Alle Empfehlungen des Bürgerrats werden je nach Zuständigkeit im kommenden Jahr vom Stadtrat diskutiert oder von der Verwaltung direkt bearbeitet.



1.2 Berlin-Marzahn

Auch der Bürgerrat im Berliner Stadtteil Marzahn-Nord zum Thema Hitzeschutz fand im Herbst seinen Abschluss – mit der Besonderheit, dass es statt einem Ratsentscheid eine Einwohner*innen-Befragung geben wird. Das Thema hier: Wie können die Mittel des Stadtbezirks für Hitzeschutz effektiv und bedarfsgerecht im Quartier eingesetzt werden?

Vom 7. bis 22. November fanden insgesamt drei Sitzungen mit 30 Teilnehmenden statt; in der letzten wurde auch hier über jede Empfehlung einzeln abgestimmt. Das Ergebnis: Der Erhalt von Bäumen und Grünflächen, das Aufstellen neuer Wasserspender und die Zusammenarbeit mit Wohnungsbaugesellschaften für einen besseren Hitzeschutz in deren Liegenschaften liegt den Mitgliedern besonders am Herzen – neben weiteren 25 Maßnahmen. 2026 stehen dem Stadtteil 100.000 Euro für den Hitzeschutz zur Verfügung. Damit werden längst nicht alle Empfehlungen finanziert sein, weshalb der Bürgerrat empfiehlt, das Geld vor allem für neue Sitzbänke und zum Erhalt von Bäumen und Grünflächen zu verwenden. Zudem soll der zentrale Barnimplatz möglichst hitzesicher umgestaltet werden.

Große Wertschätzung erhielt der Bürgerrat durch Bezirksbürgermeisterin Nadja Zivkovic (CDU, s. Foto):

“Wir werden Ihre Ergebnisse sehr ernst nehmen. Sie investieren viel Zeit für den Bürgerrat und es darf nicht passieren, dass Sie das Gefühl haben, das war umsonst.”



Derzeit prüft die Verwaltung die Empfehlungen fachlich und juristisch. Das Bezirksamt hat sich dazu verpflichtet, die Ergebnisse als Grundlage für seine Entscheidungen zum Hitzeschutz zu nutzen.

1.3 Ausblick 2026

2026 geht es spannend weiter – die nächsten zwei Kommunen starten in ihre Bürgerrats-Prozesse. In Flensburg beginnt das Jahr mit dem Losverfahren: Ende Januar werden Flensburger*innen zufällig ausgewählt und eingeladen. Im April stehen dann die 30 Teilnehmenden fest und beginnen in der ersten Sitzung über die Verkehrsplanung Flensburgs zu diskutieren. Ebenfalls im Frühjahr 2026 werden die Ergebnisse des Marzahner Bürgerrates der Bezirksverordnetenversammlung vorgestellt, bevor ganz Marzahn-Nord bei einer Einwohner*innenbefragung über die Vorschläge abstimmen kann. Zur Umsetzung soll es noch im laufenden Jahr kommen. Im September wird es in Osterburg ernst: Die Empfehlungen aus dem Bürgerrat stehen parallel zur Landtagswahl in Sachsen-Anhalt zur Abstimmung. Und direkt im Anschluss startet dann unser letzter Modell-Bürgerrat in Pinneberg. Dort werden die Teilnehmenden über Klimaanpassungsmaßnahmen diskutieren. Sowohl die Empfehlungen in Pinneberg als auch die aus Flensburg werden dann bei der Landtagswahl 2027 abgestimmt.

Wer auf dem Laufenden bleiben will, abonniert am besten den exklusiven Klima-trifft-Kommune-Newsletter: www.klimatrifftkommune.de/#newsletter 





2. Klima ins Grundgesetz – Erste Erfolge und nächste Schritte

Für die 11.000 Kommunen in Deutschland sind Klimaschutz und Klimaanpassung „freiwillige Aufgaben“. Wichtige Maßnahmen bleiben angesichts leerer Kassen daher auf der Strecke. Eine Grundgesetzänderung könnte das ändern. Wenn Klimaschutz und Klimaanpassung als Gemeinschaftsaufgaben in Artikel 91a GG verankert werden, müssen sich Bund und Länder an den Kosten beteiligen.

Im Rahmen unserer Kampagne „Klima ins Grundgesetz“ haben wir auch in diesem Jahr die Öffentlichkeit für das Thema sensibilisiert und Druck auf die Politik erzeugt. Während der Koalitionsverhandlungen haben wir am 25. März 2025 eine Petition zur Forderung mit über 104.000 Unterschriften an den CDU-Abgeordneten Andreas Mattfeldt in Vertretung von Friedrich Merz überreicht. Mit Erfolg! CDU, CSU und SPD haben in ihrem Koalitionsvertrag festgelegt, eine neue Gemeinschaftsaufgabe Naturschutz und Klimaanpassung im Grundgesetz zu prüfen. Das ist ein erster Schritt, um eine bürokratiearme Ausgestaltung der Gemeinschaftsaufgabe zu ermöglichen.

Ein Prüfauftrag sollte schnell erledigt sein. Bereits im vergangenen Herbst hat das Bundesumweltministerium ein Gutachten zu Rechtsfragen der gemeinsamen Finanzierung von Maßnahmen der Klimaanpassung und des Naturschutzes durch Bund und Länder vorgelegt. Jedoch muss auch Klimaschutz berücksichtigt werden. Die Kommunen tragen einen entscheidenden Teil zur Erreichung der Klimaziele bei und brauchen daher auch eine solide Finanzierungsgrundlage für Maßnahmen in den Bereichen Energie, Wärme und Verkehr.

Die Gesellschaft für Klima und Demokratie e.V. wird sich mit anderen Organisationen dafür einsetzen, dass das Anliegen in der Legislaturperiode zügig angegangen wird. Für eine Grundgesetzänderung braucht es zwar eine Zweidrittelmehrheit im Bundestag sowie im Bundesrat, jedoch hatten die Oppositionsparteien Bündnis 90/Die Grünen und die Linken die Gemeinschaftsaufgabe Klimaschutz und Klimaanpassung im Wahlprogramm.

Mehr Informationen auf der Kampagnenseite: www.klimaschutz-ins-grundgesetz.de 

Klimaschutz ins Grundgesetz – Für zukunftsfähige Kommunen!

Stell dir vor, du arbeitest Tag für Tag daran, deine Kommune fit für die Zukunft zu machen – aber es fehlt an Geld und Personal. Genau das erleben Bürgermeister*innen überall in Deutschland.

Patrick Bade, Bürgermeister von Sulingen:

„Unsere Turnhalle sollte schon längst auf LED-Beleuchtung umgerüstet werden. Aber es fehlt einfach das Geld – auch für andere energetische Sanierungsmaßnahmen. Im Bereich Verkehr sieht es ähnlich aus: Zwei Jahre lang haben wir an einem Mobilitätskonzept gearbeitet und dann ist es in der Schublade verschwunden, weil kein Geld für die Umsetzung vorhanden ist.“

Eine Situation, die nicht nur Bürgermeister Patrick Bade kennt. Jeden Tag stoßen in den 11.000 Kommunen in Deutschland engagierte Menschen in Politik, Verwaltung und Zivilgesellschaft auf Hürden. Selbst Maßnahmen, die eine hohe Akzeptanz genießen, werden aufgrund fehlender Ressourcen vor Ort nicht umgesetzt.

Wir fordern, Klimaschutz und Klimaanpassung in der kommunalen Daseinsvorsorge als Gemeinschaftsaufgabe im Grundgesetz zu verankern.

So wird eine langfristige finanzielle Grundlage für die Herausforderungen vor Ort und eine nachhaltige Versorgungssicherheit ermöglicht.

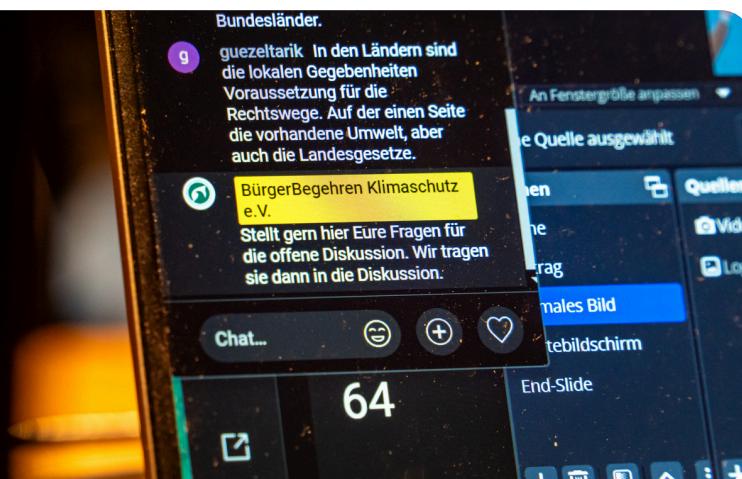
3. Kommunale Wärmewende: bundesweit befähigen, lokal durchsetzen

Die Wärmewende entscheidet sich vor Ort – in den Kommunen und mit den Menschen. 2025 haben wir unsere Arbeit zur Wärmewende deshalb an drei Hebeln ausgerichtet: Wissen und Vernetzung, Impulse für gute Beteiligung sowie konkrete Debatten an Praxisfällen wie zum Beispiel in Berlin.

3.1 Wärme vor zwölf ging in Staffel 3

Bereits zum dritten Mal haben wir unsere bundesweite Online-Seminarreihe Wärme vor zwölf organisiert – dieses Mal gemeinsam mit Scientists4Future und dem NABU. Dieses Jahr ging es in den neun Veranstaltungen um konkrete technische Lösungen und deren Potentiale, aber auch um politische Themen wie Fallstricke, die Planungen auf Bundesebene und natürlich Bürger*innen-Beteiligung als Erfolgsfaktor der Wärmeplanung.

Wir hatten jedes Mal zwischen 50 bis 90 Teilnehmende, die sich rege an den Diskussionen beteiligt haben. Insgesamt waren fast 400 Menschen angemeldet und auch die Videos bei YouTube wurden fast 2.000-mal aufgerufen. Besonders gefragt war das Seminar zu Wärmepumpen – sowohl live als auch hinterher bei YouTube. Für uns ist das ein starkes Signal: Das Interesse an erneuerbaren, alltags-tauglichen Lösungen ist groß, wenn Informationen verständlich, seriös und umsetzungsorientiert vermittelt werden.



Sehr gefreut haben wir uns über die bunte Mischung der Teilnehmenden: Mitarbeitende aus Kommunen, Wissenschaftler*innen, Haupt- und Ehrenamtliche aus Verbänden, Politik sowie interessierte Bürger*innen. Diese Breite zeigt, wie sehr die Wärmewende inzwischen ein gemeinsames Projekt vieler Ebenen ist – und wie wichtig Räume sind, in denen Fachwissen, Praxis und Engagement zusammenkommen.

Ein Highlight war die Abschlussveranstaltung zur demokratischen Wärmewende, in der wir diskutiert haben, wie Beteiligung gestaltet sein muss, damit sie nicht nur informiert, sondern echte Mitgestaltung ermöglicht, denn die Wärmewende funktioniert nicht ohne die betroffenen Menschen.

3.2 Wärmeplanung & Dekarbonisierungsfahrplan in Berlin – mehr Beteiligung nötig

Neben der Seminarreihe waren wir 2025 ganz praktisch bei Veranstaltungen zur kommunalen Wärmeplanung in Berlin präsent und haben unsere Perspektive eingebracht: Wärmeplanung braucht Transparenz, soziale Leitplanken und gute Beteiligungsprozesse, damit Akzeptanz entsteht und Konflikte frühzeitig adressiert werden.

Im Bündnis Berlin erneuerbar haben wir die Pläne der Berliner Energie und Wärme GmbH (BEW) zur Überarbeitung des Dekarbonisierungsfahrplan kritisch begleitet und erfolgreich eine bessere Beteiligung der Umweltverbände sicher stellen können. Ein erster Schritt zu einer stärkeren demokratischen Kontrolle der rekommunalisierten BEW durch die Bürgerinnen und Bürger selbst.



3.3 2026: Fernwärme, Holzverbrennung und Wahljahr

Die Debatten um Dekarbonisierungsfahrplan und Wärmeplanung in Berlin werden uns 2026 weiter intensiv beschäftigen – auch im Vorfeld der anstehenden Landtags- und Kommunalwahlen. Wir planen Aktivitäten, um den Neubau von Kraftwerken zur Holzverbrennung zu verhindern und die BEW stärker auf erneuerbare, nachhaltige Lösungen auszurichten. Gleichzeitig setzen wir unsere bundesweite Bildungs- und Vernetzungsarbeit fort, damit die Wärmewende in immer mehr Kommunen fachlich gut, sozial gerecht und demokratisch gelingt.



Aus unserer Sicht braucht es im Dekarbonisierungsfahrplan deutlich stärkere Priorität für wirklich erneuerbare Wärme (z. B. Abwärme, Geothermie, Großwärmepumpen und Speicher), da der Plan aus Vattenfalls Zeiten noch viel zu stark auf Holzverbrennung und Wasserstoff setzt. Dementsprechend haben wir den Genehmigungsantrag eines neuen Holzverbrennungskraftwerks mit einer Pressemitteilung und vielen Einwendungen deutlich kritisiert.

Diese Kritik konnten wir im Rahmen der von uns gemeinsam mit Berlin erneuerbar organisierten Diskussionsveranstaltung "Zukunft der Fernwärme" am 20. September 2025 auch direkt an die Wirtschaftssenatorin Franziska Giffey und Susanne Huneke von der BEW tragen. Im Zentrum standen Fragen nach Kosten, Verbraucherschutz, technologischen Optionen – und nach demokratischer Kontrolle und Bürgerbeteiligung bei den Zukunftentscheidungen zur Fernwärme. 200 Anmeldungen und über 130 Teilnehmende zeigten auch hier, wie riesig der Wunsch und Bedarf nach Austausch, Diskussion und Beteiligungsmöglichkeiten ist.



4. Direkte Demokratie – Erfolge und Entwicklungen

4.1 BaumEntscheid erfolgreich – Berlin wird bis 2035 wetterfest

Das Berliner Abgeordnetenhaus hat mit Beschluss vom 3. November 2025 das deutschlandweit erste Klimaanpassungsgesetz der Initiative BaumEntscheid parteiübergreifend angenommen. Die Initiative hat durch den Start ihres Volksbegehrens erreicht, dass der Berliner Senat Maßnahmen für ein wetterfestes Berlin ergreift. In der Stadt sollen demnach 300.000 neue Straßenbäume gepflanzt, 1.000 Kälteinseln in den Kiezen und 100 neue Parks angelegt werden.

Expert*innen aus Wissenschaft, Verwaltung, Wirtschaft sowie engagierte Bürger*innen und Jurist*innen haben gemeinsam den Gesetzesentwurf als Grundlage für das Volksbegehren erarbeitet. Über 40 Verbände – darunter die AWO Berlin, die Diakonie und zahlreiche Umwelt- und Klimaorganisationen wie die Gesellschaft für Klima und Demokratie – unterstützten die Initiative. Im nächsten Schritt wird die Initiative die Umsetzung des Gesetzes kritisch und konstruktiv begleiten.



4.2 Hamburg bekommt ein besseres Klimaschutzgesetz

Hamburg ist das erste Bundesland, das sich in einem Volksentscheid ein ambitioniertes Klimaschutzgesetz gegeben hat. 53 Prozent der Abstimmenden haben sich am 12. Oktober 2025 für den "Zukunftsentscheid" ausgesprochen. Ein breites Bündnis aus Umwelt- und Sozialverbänden – darunter auch die Gesellschaft für Klima und Demokratie – hat erreicht, dass Hamburg nun ein jährliches Maximalbudget für CO₂-Emissionen sowie konkrete Sektorziele hat. Der Pfad zur Klimaneutralität bis 2040 wird damit transparent, planbar und besser nachprüfbar.

Ein Gutachten des Hamburg Instituts und des Öko-Instituts im Auftrag der Stadt hat bereits im Vorfeld gezeigt, dass Hamburg bis 2040 klimaneutral werden kann. Gleichzeitig betont die Studie, dass Maßnahmen wie Warmmieteneutralität bei Sanierungen, gezielte Unterstützung einkommensschwacher Haushalte oder neue Beteiligungsmodelle wichtig sind, um Klimaschutz für alle zu einem Gewinn zu machen. Die Gesellschaft für Klima und Demokratie setzt sich daher mit vielen Partnern dafür ein, dass die erforderlichen Maßnahmen in einem Bürgerrat ausgestaltet werden.



4.3 Wegweisendes Urteil zur Verkehrswende

Der Berliner Verfassungsgerichtshof hat mit 8:1 Stimmen den Gesetzentwurf der Initiative „Volksentscheid Berlin autofrei“ am 25. Juni 2025 für rechtlich zulässig erklärt. Der Gesetzentwurf zielt auf eine deutliche Reduzierung des motorisierten Individualverkehrs ab. Demnach bekommen Privatpersonen nach einer Übergangszeit von vier Jahren ein Kontingent von zwölf Fahrten pro Jahr. Sonderregelungen sind unter anderem für die Polizei, den Lieferverkehr und Menschen mit Mobilitäts einschränkungen vorgesehen. Das Gericht sieht laut dem Urteil darin keinen Eingriff in die allgemeine Handlungsfreiheit und betrachtet das Gesetz als angemessen und verhältnismäßig.

Ein vom Berliner Senat in Auftrag gegebenes Gutachten des Rechtsanwalts Prof. Dr. Remo Klinger bestätigte bereits im Vorfeld, dass das Gesetz für „gemeinwohlorientierte Straßennutzung“ keine verfassungsrechtlichen Verstöße enthalte.

Die Initiative startet im Januar 2026 mit der zweiten Unterschriftensammlung. In vier Monaten sind 171.000 gültige Unterschriften nötig, damit alle wahlberechtigten Berliner*innen über das Gesetz parallel zur Wahl des Abgeordnetenhauses im September 2026 abstimmen können.

4.4 Energiewende in Bayern: Bürgerentscheide haben positive Effekte

Der Ausbau der erneuerbaren Energien gelingt in Bayern nicht in der erforderlichen Geschwindigkeit. Dies ist unter anderem auf mangelnde Akzeptanz von Energiewendeprojekten in der lokalen Bevölkerung zurückzuführen, weshalb politisch über die Einschränkung des direkt-demokratischen Instruments des Bürgerentscheids diskutiert wird. Svenja Kastenholz hat für uns in ihrer Masterarbeit untersucht, wie Bürgerentscheide auf die zeitliche Umsetzung und lokale Akzeptanz von Energiewendeprojekten wirken. Das Ergebnis: Der Bremseffekt ist gering, wohingegen sich Akzeptanz, Energiegerechtigkeit und Umweltverträglichkeit verbessern. Die ausführliche Analyse sowie Handlungsempfehlungen für Gemeinden und politische Entscheidungsträger*innen sind auf unserer Website nachzulesen.



4.5 Bürgerentscheide in Baden-Württemberg: Mehrheit für den Windkraftausbau

Eine Datenanalyse des SWR zu Windkraft-Bürgerentscheiden in Baden-Württemberg bestätigt, was unsere bundesweiten Auswertungen auch regelmäßig zeigen: Windkraft-Bürgerbegehren sind besser als ihr Ruf!

Tom Burggraf und Simon Jockers haben die aktuellen Daten ausgewertet: Von den 15 Bürgerentscheiden mit gültigem Ergebnis gingen dieses Jahr 10 für Windenergie aus, also 66 Prozent. Von allen Bürgerentscheiden in Baden-Württemberg seit 2015 sind es 54 Prozent. Die Mehrheit der Abstimmungen führt also zum Windkraftausbau. Trotzdem wird vor allem über Anti-Windkraft-Gegner berichtet, was die Politik in manchen Bundesländern zum Anlass nimmt, um die Rahmenbedingungen für Bürgerbegehren zu verschlechtern. Das erschwert die wenigen verbindlichen Mitbestimmungsmöglichkeiten, die wir in Deutschland haben. Und das betrifft am Ende alle Anliegen, nicht nur die Energiewendeprojekte. Die Gesellschaft für Klima und Demokratie hat sich auch in diesem Jahr mit Analysen sowie Presse- und Öffentlichkeitsarbeit dafür eingesetzt, dass die Rahmenbedingungen für direkte Demokratie verbessert und positive Praxisbeispiele sichtbar werden.



4.6 Ein Bürgerentscheid für den Rheinauenwald

Die Initiative zum Erhalt des Diersheimer Rheinauenwaldes hat für ihr Bürgerbegehr 1.848 Unterschriften gesammelt. Das ist drei Mal so viel, wie für einen Bürgerentscheid notwendig wären. Der Anlass ist eine geplante Kieswerk-Erweiterung, die eine Abholzung vorsieht. Die Rheinauenwälder unterstützen in der Region den Klimaschutz und den Erhalt der Artenvielfalt. Außerdem wird die Fläche zur Naherholung genutzt. Für den Kiesabbau sollen in Rheinau aber nun weitere 23 Hektar Wald gerodet werden. Um das zu verhindern, haben das Zukunftsforum Natur & Umwelt sowie weitere Bürger*innen einen Bürgerentscheid erwirkt. Die Einwohner*innen entscheiden am 8. März 2026, wie es vor Ort weitergeht.

Die Erfolge und Entwicklungen zeigen, dass direkte Demokratie ein guter Motor für die Klimapolitik vor Ort ist. Außerdem werden das Verständnis für demokratische Entscheidungsprozesse sowie ehrenamtliches Engagement gestärkt. 2026 können Initiativen daran anknüpfen. Der BaumEntscheid München steht schon in den Startlöchern und in Dresden, Stuttgart sowie Nürnberg laufen Bürgerbegehren für einen besseren Nahverkehr.



5. Workshops & Events

Auch 2025 waren wir viel unterwegs – mit Infoständen, auf Fachveranstaltungen, mit Workshops auf Klimacamps und lernten auf Fortbildungen Neues dazu.

5.1 Veranstaltungsreihe "Zukunft.Klima.Demokratie."

In der Veranstaltungsreihe „Zukunft. Klima. Demokratie.“ diskutierten wir mit Gästen aus Zivilgesellschaft, Wissenschaft und Politik verschiedene Mittel und Wege, die sowohl die Demokratie stärken als auch den Klimaschutz fördern.

Am 28. Januar 2025 ging es in Hamburg um Recht als Hebel im Kampf gegen die Klimakrise. Immer häufiger setzen Aktivist*innen sowie Umwelt- und Naturschutzorganisationen juristische Mittel ein, um Klimaschutz durchzusetzen. Doch wie erfolgreich sind diese Klagen? Über diese Frage diskutierten unsere Gäste Luisa Schneider (Unabhängiges Institut für Umweltfragen), Dr. Cornelia Nicklas (Deutsche Umwelthilfe), Marissa Reiserer (Greenpeace), Lea Frerichs (Universität Hamburg) und John Peters (Kanzlei Rechtsanwälte Günther).

 Die Aufzeichnungen findet ihr auf unserem YouTube-Kanal.

Am 25. Februar 2025 waren wir in Köln zu Gast und sprachen über Generationengerechtigkeit durch Bürger-räte. Dazu diskutierten Anna Nora Freier (Institut für Demokratie- und Partizipationsforschung der Bergischen Universität Wuppertal), Steffen Krenzer (Mehr Demokratie e.V.), Florian Daumüller (Bürgerrat Bildung und Lernen) und Katharina Pitko-Drees (Büro für Öffentlichkeitsbeteiligung der Stadt Köln).



5.2 Fortbildungen, Festivals und weitere Workshops

KNOCA Spring School in Warschau



Umweltfestival 1. Juni in Berlin



Mobilitätswende-Camp 10. September in München



Ein Bürgerrat für den Zukunftentscheid 16. Dezember in Hamburg



System-Change-Camp 24. August in Frankfurt am Main



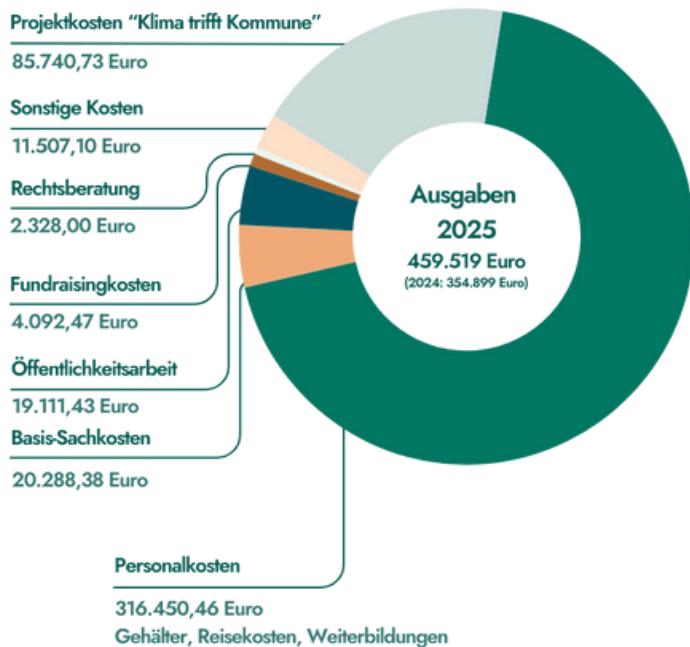
Demokratie-Tag 14. September in Berlin

Unsere Finanzen

2025 konnten wir unsere finanzielle Unabhängigkeit aufrechterhalten, sodass wir weiterhin weder Geld vom Staat oder von Unternehmen erhalten.

Ausgaben 2025

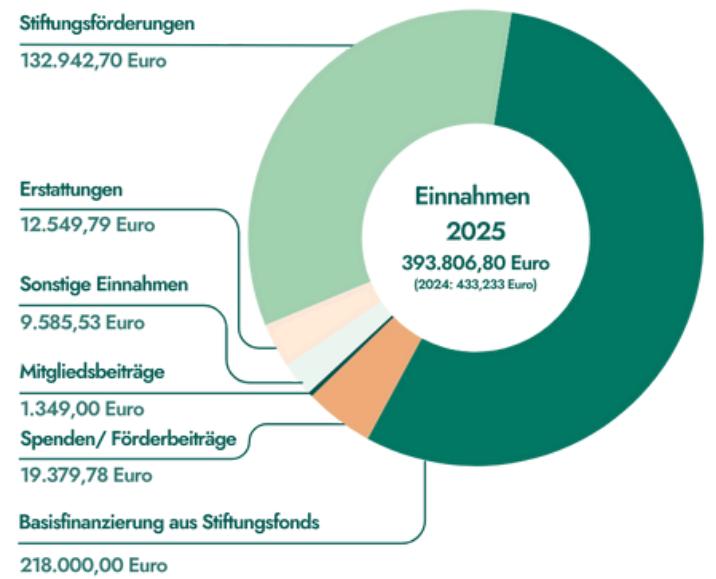
Mit 69% entfiel der größte Teil der Gesamtausgaben auf die Personalkosten. Diese Mittel flossen in Gehälter sowie in Reisekosten und Weiterbildungen und sicherten damit unseren täglichen Einsatz in Projekten, Kampagnen, Beratungen und Bildungsarbeit sowie die fachliche Weiterbildung unseres Teams. 19% und damit die zweithöchsten Ausgaben entstanden für das Modellprojekt „Klima trifft Kommune“. Neben den Personalkosten unseres Projektpartners wurden damit Aufwendungen für die erfolgreiche Durchführung von zwei Bürgerräten sowie ein Teil der Vorbereitung zweier weiterer Bürgerräte finanziert.



Die Basis-Sachkosten betragen 4% der Ausgaben 2025 und umfassten Büro-, IT-, Kommunikations- und Verwaltungskosten. Weitere 4% entfielen auf Öffentlichkeitsarbeit, darunter Rebranding, Veranstaltungen und Kampagnen. Für Fundraising fielen knapp 1% an, vor allem für Transaktionen und Datenbankkosten. Rechtsberatung machte 0,5% aus, sonstige Kosten 2,5%.

Einnahmen 2025

Auch 2025 konnten wir einen großen Teil unserer Kosten durch Zuwendungen aus dem Stiftungsfonds „Gesellschaft für Klima und Demokratie“ decken. Dies ist ein Stiftungsfonds unter dem Dach der GLS Treuhand e.V., der die Arbeit des Vereins auf längere Sicht sichert. Die Basisfinanzierung machte 55% unserer Einnahmen aus. Weitere 34% der Einnahmen sind Stiftungsförderungen für unsere laufenden Projekte, der größte Teil davon Gelder für die Umsetzung unseres Modellprojekts „Klima trifft Kommune“. Spenden und Förderbeiträge machten 5% der Einnahmen aus. Ein kleinerer Teil der Einnahmen sind die Mitgliedsbeiträge unserer aktuell 17 ordentlichen Mitglieder. Hinzu kommen Erstattungen mit etwa 3% und sonstige Einnahmen mit 2% der Einnahmen.



Rücklagenentwicklung

Die Rücklagen des Vereins beliefen sich zu Jahresbeginn 2025 auf 78.293€ freie Rücklagen und eine zweckgebundene Rücklage in Höhe von 40.890€. Diese 2024 für die Umsetzung des Modellprojekts „Klima trifft Kommune“ gebildete zweckgebundene Rücklage wurde 2025 zur Finanzierung des Projekts aufgelöst. Zudem wurden 24.821,77€ aus der freien Rücklage entnommen. Die Höhe der freien Rücklagen beträgt zum Stand 31. Dezember 53.471,45€.

Dank an Partner

Die Gesellschaft für Klima und Demokratie arbeitet mit einem starken Netzwerk zusammen. Auch im Jahr 2025 konnten wir gemeinsam mit zahlreichen großen und kleinen Partnern Impulse für mehr Klimaschutz von unten und einer lebendigeren Demokratie setzen. Wir bedanken uns dafür herzlich bei der Klima-Allianz, dem Klima-Bündnis, Mehr Demokratie, Campact, Robert Bosch Stiftung, Powershift, Changing Cities, Deutsche KlimaStiftung, Democracy International, German Zero, der Deutschen Umwelthilfe Fridays For Future, Together For Future, Umweltinstitut München e.V., JAO Berlin, Klimamitbestimmung, Deutsches Ehrenamt, Fachverband Bürgerbeteiligung, dem Bundesnetzwerk Bürger-schaftliches Engagement, den Scientists For Future, dem Bundesverband Klimaschutz, dem NABU, dem BUND Berlin, dem Unabhängigen Institut für Umweltfragen, und vielen weiteren Organisationen und Initiativen.

Besonders freuen wir uns über die Zusammenarbeit mit den Städten Flensburg, Pinneberg, Osterburg und Marzahn-Nord im Rahmen des Modellprojekts „Klima trifft Kommune.“

Ein ganz wesentliches Dankeschön gilt denen, die all dies finanziell möglich machen: Neugewonnene Förder*innen, mit einem regelmäßigen Beitrag, als auch Spender*innen, die uns über das Jahr verteilt unterstützt haben.

Großer Dank gilt auch folgenden fördermittelgebenden Partnern:



**Robert Bosch
Stiftung**

patagonia®



GLS *Trennhand*

Klimaschutz +

Spende für Klima & Demokratie!



Die Erfolge aus dem Jahresbericht zeigen, was möglich ist, wenn viele zusammenwirken. Eure Spenden ermöglichen uns, Bürgerbegehren, Einwohneranträge und Bürgerräte zu Klimathemen zu unterstützen und bekannt zu machen. So inspirieren und aktivieren wir weitere Menschen, sich für eine lebenswerte Zukunft einzusetzen.

Stiftungsfonds

Um mit Großspenden langfristig und planbar unterstützt werden zu können, haben wir bei der „Dachstiftung für individuelles Schenken“ der GLS Treuhand e.V. einen Stiftungsfonds eingerichtet. Das Geld wird nach strengen ethisch-nachhaltigen Kriterien angelegt.

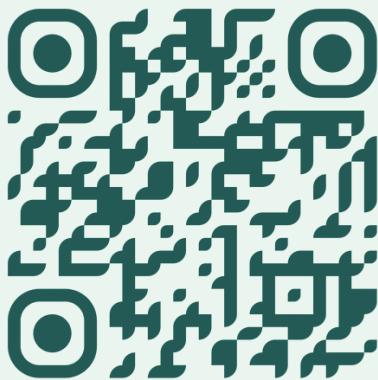
Werde Fördermitglied!

Jede regelmäßige Förderung stärkt unser langfristiges Wirken für Klimaschutz und Demokratie.

Wir sind überparteilich und erhalten keine staatlichen Fördergelder und kein Geld von Unternehmen. Als Förderin könnt ihr unsere Unabhängigkeit sichern, unsere kostenfreie Beratungs-, Öffentlichkeits- und Bildungsarbeit ermöglichen und unsere Handlungsmöglichkeiten vergrößern.

Geldauflagen

Neben Stiftungsfundraising haben wir uns auch dem Geldauflagenfundraising zugewendet: Gerichte und Staatsanwaltschaften können Geldauflagen zugunsten gemeinnütziger Einrichtungen verhängen. Seit 2024 ist unser Verein bei den Oberlandesgerichten als möglicher Empfänger eingetragen. Die erste Zuweisung ist 2025 in unsere satzungsgemäße Arbeit geflossen.



klima-und-demokratie.de/foerdern

JETZT SPENDEN

Spendenkonto Bank: GLS Gemeinschaftsbank
Kontoinhaber: Gesellschaft für Klima und Demokratie e. V. BIC: GENODEM1GLS IBAN: DE51 4306 0967 4012 1624 00

Ausblick 2026

Wir wollen weiterhin demokratische Beteiligungsformate – von Bürgerbegehren bis zu Bürgerräten – für wirksamen Klimaschutz anregen und fördern. Durch Modellprojekte, Kampagnen und Bildungsarbeit stärken wir Wissen, Dialog und Handlungskompetenz für mehr Teilhabe und Mitbestimmung. Wir unterstützen Klima-Initiativen, machen erfolgreiche Beispiele sichtbar und setzen uns für politische Rahmenbedingungen ein, die Beteiligung und Klimaschutz langfristig sichern. Überparteilich vernetzen wir NGOs, Verwaltungen, Politik und Klimabewegung, um gemeinsam eine gerechte, nachhaltige und demokratisch legitimierte Klimapolitik zu gestalten.

2026 knüpfen wir an unsere bisherige Arbeit an und starten unser erstes EU-Projekt.



Klima trifft Kommune geht im Norden weiter

Im Rahmen unseres Modellprojekts Klima trifft Kommune werden die nächsten Bürgerräte zu lokalen Klima-Themen in Flensburg und Pinneberg stattfinden. In Osterburg stimmen die Bürger*innen über die Verkehrsmaßnahmen aus dem Bürgerrat in einem Referendum ab und in Berlin-Marzahn gehen bereits die ersten Maßnahmen zum Hitzeschutz in die Umsetzung.



Wasserwende von unten

Gemeinsam mit Umweltverbänden und lokalen Initiativen erhöhen wir den Druck auf die Politik, unser Wasser zu schützen und die Wassernutzung gerecht zu regulieren. Wir aktivieren und befähigen in verschiedenen Formaten vor allem Bürger*innen und zivilgesellschaftliche Gruppen, sich mittels direkter Demokratie vor Ort wirksam für eine zukunftsfähige Wasserversorgung einzusetzen.



Klima ins Grundgesetz – Prüfauftrag umsetzen

Auf Bundesebene werden wir nach unserer erfolgreichen Petition weiter den Druck auf die Regierung erhöhen, damit der Prüfauftrag für die Gemeinschaftsaufgabe Klimaanpassung und Naturschutz in dieser Legislaturperiode zügig angegangen wird. Das Sondervermögen ist zeitlich begrenzt und viel zu wenig wird davon auch wirklich in den Kommunen ankommen. Eine nachhaltige Finanzierung für Klimaschutz und Klimaanpassung vor Ort ist aber unausweichlich. Für die Grundgesetzänderung braucht es zwar eine Zweidrittelmehrheit im Bundestag sowie im Bundesrat, jedoch hatten die Oppositionsparteien Bündnis 90/Die Grünen und die Linken die Gemeinschaftsaufgabe Klimaschutz und Klimaanpassung im Wahlprogramm.



Bürger*innen gestalten die Klima-Zukunft Europas

Mit dem europäischen Projekt „Citizens4Climate“ bringen wir gemeinsam mit Democracy International Bürger*innen, zivilgesellschaftliche Organisationen und öffentliche Akteure aus ganz Europa zusammen. Gemeinsam entwickeln und teilen wir gute Praxisbeispiele für demokratische Beteiligung in der Klimapolitik – von Bürgerräten über Bürgerentscheide bis hin zu Bürgerhaushalten. In über 17 Veranstaltungen in sieben Ländern – Deutschland, Dänemark, Frankreich, Polen, Tschechien, Ungarn und Belgien – vernetzen wir aktive Bürger*innen, Kommunen und Organisationen. Sie analysieren erfolgreiche Beteiligungsformate, tauschen Erfahrungen aus und entwickeln gemeinsame Empfehlungen, die in einem europäischen Handbuch für demokratische Klimapolitik zum Nachmachen animieren.

Impressum

Gesellschaft für Klima und Demokratie e.V.
– Klimaschutz selber machen –

Adresse:
Haus der Demokratie und Menschenrechte,
Greifswalder Str. 4
10405 Berlin
Telefon: 030 92 25 09 19
E-Mail: info@klima-und-demokratie.de
Website: www.klima-und-demokratie.de

Bildnachweise:

Titelbild:
Björn Obmann

Vorwort:
Mona Konegen

2024 in Bildern:
Björn Obmann
Paul Jerchel

Unser Selbstverständnis:
Ana Torres

Vereins - Updates:
Björn Obmann

Unsere Aktivitäten:
Klima trifft Kommune:
Björn Obmann

Klima ins Grundgesetz

Björn Obmann

Kommunale Wärmewende

Gesellschaft für Klima
und Demokratie
Paul Jerchel

Direkte Demokratie:

BaumEntscheid e.V.
Hamburger Zukunftsentscheid
Berlin Autofrei
EdWhitelimages von Pixaby

Workshops & Events:

Veranstaltungsreihe "Zukunft.Klima.Demokratie":
Björn Obmann

Fortbildungen, Festivals und weitere Workshops:
Sina Trölenberg
Michaela Zimmermann
Mona Konegen
Jannick Tepe

Spenden für Demokratie & Klima:

Rabea Koss

Gestaltung, Layout & Satz:

Katharina Elshorst, Gesellschaft für Klima und Demokratie e.V.

Januar 2026



GESELLSCHAFT
FÜR KLIMA
UND DEMOKRATIE